

Die Kosten der Zuwanderung in die BRD und nach Westeuropa – eine Meta-Analyse

Jan Moldenhauer

„Es ist die vornehmste Frage eines Politikers, was er mit dem Geld seines Volkes machen kann, und zwar für dieses Volk machen kann. Dieses Geld, das sind unsere Steuergelder. Und mit diesem Geld gebt Ihr Eurem Land das Wertvollste, was Ihr habt. Ihr gebt mit Euren Steuergeldern einen Teil Eurer Lebenszeit ab. Denn Geld ist nichts anderes als geronnene Lebenszeit.“

– Björn Höcke, November 2015

Meta-Analysen kombinieren eine Vielzahl von Studien und Statistiken zu einer Zusammenschau. Studienbefunde und statistische Erhebungen werden also ausgewertet und verglichen, um einen Überblick über die Studien- und Datenlage in einem Forschungsbereich zu gewährleisten. Nachfolgend werden verfügbare Studienergebnisse und Statistiken über die ökonomische, fiskalische und sozialstaatliche Kosten-Nutzen-Bilanz der Zuwanderung nach Deutschland (1.) und in andere westeuropäische Länder (2.) in vergangenen Jahrzehnten in zeitlicher Abfolge aufbereitet. Der Untersuchungszeitraum beginnt im Jahre 1955 mit Beginn des BRD-Gastarbeiterprogramms, endet im Jahre 2015 mit Beginn der „Völkerwanderung“ (Klaus 2016) nach Deutschland bzw. Westeuropa und umfasst folglich einen Zeitraum von 60 Jahren. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Bilanz hinsichtlich der Stichhaltigkeit ökonomischer Zuwanderungslegitimationslogik (3.).

1. Kosten der Zuwanderung in die BRD

1955–1973

Im Jahre 1955 reisten die ersten italienischen Gastarbeiter in die BRD ein. 1960 kamen die ersten Spanier und Griechen, ab 1961 Türken, ab 1963 Marokkaner und Südkoreaner, ab 1965 Tunesier und ab 1968 Jugoslawen. 1973 wurde das deutsche Gastarbeiterprogramm infolge des ersten großen Ölpreisschocks und der damit einhergehenden Weltwirtschaftskrise sowie steigenden Arbeitslosenzahlen in Deutschland eingestellt. Aus *privatwirtschaftlicher* Perspektive mögen sich die Gastarbeiter im Kontext unternehmerischer Gewinnmaximierung ren-

tiert haben. Aus *staatshaushalterischer* und *sozialstaatlicher* Perspektive, also hinsichtlich der Maximierung von Steuereinnahmen bei gleichzeitiger Minimierung sozialstaatlicher Leistungsanspruchnahmen, hat sich das Gastarbeiterprogramm hingegen per Saldo nicht rentiert. Das gilt insbesondere bei Einbeziehung der in Deutschland verbliebenen Gastarbeiter insbesondere türkischer Herkunft samt nachgezogenen Familien und deren Nachkommen. Der durch die Gastarbeiter gestiftete relativ geringe volkswirtschaftliche Nutzen beschränkte sich auf die Anfangsjahre des Anwerbeprogramms (Caldwell 2009a: 26).

1971–2003

Zwischen 1971 und 2003 stieg die Zahl der Ausländer in Deutschland laut Statistischem Bundesamt von 3 Millionen auf 7,3 Millionen an, die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Fremder blieb hingegen mit 1,8 Millionen konstant (Steltzner 2010). Ein Großteil der Zuwanderung erfolgte also nicht in den Arbeitsmarkt, sondern in die Sozialsysteme. Im Jahre 1973, dem Jahr des Anwerbestopps für Gastarbeiter, hatten 65% der Ausländer in Deutschland einen Arbeitsplatz, 1983 waren es nur noch 38% (Caldwell 2009b), 2003 nur noch 24,7% (1,8 von 7,3 Millionen). Zwischen 1973 und 1983 sank die relative Beschäftigungsquote von Zuwanderern also von zwei Dritteln auf ein Drittel und zwischen 1983 und 2003 von einem Drittel auf ein Viertel.

Zwischen 1980 und 1996 verdoppelte sich die Zahl einheimischer Sozialhilfeempfänger in Deutschland, während sich die Zahl ausländischer Sozialhilfeempfänger verdreizehnfachte (Weiss 2012: 391). 1996 stellten Ausländer einem internen Bericht des Bundesgesundheitsministeriums zufolge in zahlreichen Empfängergruppen von Sozialleistungen bereits die Mehrheit (IfS 2010: 36).

2001

Im Jahre 2001 veröffentlichte Prof. Herwig Birg vom Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik an der Universität Bielefeld im Auftrag des Bayerischen Innenministeriums ein Gutachten mit dem Titel 'Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland' (Birg 2001). Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass die von Zuwanderern an den deutschen Staat geleisteten durchschnittlichen Einzahlungen die durchschnittlichen Entnahmen aus staatlichen Förderungs- und sozialen Sicherungssystemen erst nach einer Aufenthaltsdauer von mehr als 25 Jahren übersteigen. In den ersten 25 Jahren ergibt sich also ein Umverteilungseffekt zugunsten der Zuwanderer und zuungunsten des Staates, den die Studie mit durchschnittlich 1.331 Euro pro Jahr und einer Gesamtsumme von 33.275 Euro beziffert. Den Berechnungen zufolge profitierten im

Jahre 2000 rund 5,5 Millionen von damals 7,3 Millionen in Deutschland lebenden Ausländern, also 75,3% aller Fremden, von einem Überschuss an staatlichen Auszahlungen im Verhältnis zu den von ihnen geleisteten staatlichen Abgaben (Kummer 2002). Birg (2001: 22) resümiert: „Ein wesentlicher Grund für die Umverteilung von Einheimischen zu Zugewanderten ist die bei Zuwanderern wesentlich höhere Arbeitslosenhilfebezugsquote [...] und der Unterschied bei der Sozialhilfequote.“ Folgerichtig plädierte Birg für eine proaktive deutsche Familienpolitik als Alternative zu einer fortgesetzten (Unterschichten-) Zuwanderung.

Laut einer Studie des Münchner Ifo-Instituts aus dem Jahre 2001 entnimmt ein Zuwanderer mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als zehn Jahren den deutschen Staatskassen jedes Jahr durchschnittlich 2.400 Euro mehr als er einahlt. Die Studienautoren gelangen zu diesem Befund, indem sie alle zwischen 1955 und 2000 von Ausländern erbrachten Steuern und Sozialabgaben hochrechnen und mit vom Staat geleisteten Transferausgaben verrechnen. Gemeingüter wie Ausbildungs- und Erziehungskosten wurden ebenfalls in die Berechnung einbezogen. Erst nach einer durchgehend erwerbstätigen Aufenthaltsdauer von mehr als 25 Jahren 'profitieren' die öffentlichen Haushalte per positivem Einzahlungssaldo (Sinn et al. 2001).

2002

Die im Jahre 2002 vom Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) veröffentlichte Studie 'Eine fiskalische Gesamtbilanz der Zuwanderung nach Deutschland' gelangt zu dem Ergebnis, dass die fiskalische Gesamtbilanz der bis dahin stattgefundenen Zuwanderung in die BRD negativ ist (Bonin 2002). Die Studienautoren warnen, dass weitere Zuwanderung nach Deutschland nur dann nutzenstiftend sei, „wenn künftige Zuwanderer die fiskalische Leistungsfähigkeit der heutigen Bevölkerung zügig erreichen.“ (Bonin 2002: Abstract) Retrospektiv und gegenwartsbezogen muss konstatiert werden, dass die damals geforderte zügige Angleichung fiskalischer Leistungsfähigkeit im Regelfall nicht stattfindet.

2008

Eine 2008 erschienene Studie der Bertelsmann-Stiftung beziffert die jährlichen Folgekosten von Integrationsverweigerung in Deutschland auf 16 Milliarden Euro und warnt vor zukünftig signifikant steigenden Folgekosten bei fortdauernder Integrationsresistenz zahlreicher Zuwanderer (Elger et al. 2009).

2010

Im Jahre 2010 bilanzierte Gunnar Heinsohn (2010) hinsichtlich der Kosten der Zuwanderung in die BRD:

„Die Tüchtigen Deutschlands, die viele Millionen Bildungsferne und ihren stetig zunehmenden Nachwuchs versorgen, dürfen Stolz empfinden. [...] Eine Billion Euro Sonderschulden [...] hatte Deutschland bereits 2007 für Migranten, die mehr aus den Hilfesystemen entnehmen, als sie aufgrund schlechter Schulleistungen und anderer Handicaps in sie einzahlen können. Auf jeden der 25 Millionen voll-erwerbstätigen Nettosteuerzahler fallen allein für diese historisch einmalige Aufgabe 40.000 Euro Schulden.“

Das erste Gastarbeiterabkommen wurde im Jahre 1955 in Rom abgeschlossen. Damals lebten in Deutschland – abgesehen von den Besatzungstruppen der Siegermächte – so gut wie keine Ausländer. Die 'Sonderschulden' in Höhe von einer Billion Euro wurden demnach innerhalb eines Zeitraums von 52 Jahren (1955-2007) angehäuft. Für besagten Zeitraum beträgt die durchschnittliche jährliche 'Sonderverschuldung' dementsprechend 19,2 Milliarden Euro. Die Schulden des Bundes belaufen sich gegenwärtig auf etwa 2,1 Billionen Euro. Abzüglich durch Zuwanderung verursachter Sonderschulden bis 2007 belief sich die Verschuldung des Bundes demnach auf lediglich 1,1 Billionen Euro. Durch bereits verursachte und weiter anfallende Sonderschulden sehen sich zukünftige Generationen junger Deutscher maßgeblichen Schuldentilgungsbelastungen ausgesetzt. Angesichts der gegenwärtigen demographischen Entwicklung sind diese Tilgungsbelastungen verheerend.

Einer Pressemitteilung der damals regierenden schwarz-roten Bundesregierung zufolge waren 2010 „rund 40% der Hartz-IV-Empfänger Migranten“ (zit. n. Ulfkotte 2010: 30). Im Jahre 2010 wurde der deutsche Bundeshaushalt durch Ausgaben für Hartz-IV-Geldleistungen mit 44,6 Milliarden Euro belastet. Die Auszahlung von Hartz-IV-Geldern an Migranten – also an Ausländer und Passdeutsche – belief sich auf etwa 18 Milliarden Euro. In diesem Betrag sind die Kosten für weitere Hartz-IV-Leistungen wie Wohngeld, Heizkosten, Beiträge für Renten- und Krankenversicherung und sonstige Leistungen wie Möbel, Tapeten oder Kühlschränke noch gar nicht enthalten. Unter Einbeziehung dieser Kostenfaktoren beliefen sich die Ausgaben für fremde Hartz-IV-Bezieher im Jahre 2010 einer Berechnung von Udo Ulfkotte zufolge auf etwa 53,5 Milliarden Euro.

2010 generierten Bund, Länder und Kommunen Staatseinnahmen in Höhe von insgesamt 511,5 Milliarden Euro. Der relative Anteil der Staatseinnahmen, die für fremde Hartz-IV-Bezieher aufgewendet wurden, belief sich demnach auf etwa 10,5% der Gesamteinnahmen. Im Jahre 2010 hatten 75% der mittels Hartz-IV alimentierten Zuwanderer keinerlei Berufsausbildung, 20% weigerten

sich, Deutsch zu lernen. Die Zukunftsperspektive der meisten Hartz-IV-Zuwanderer auf dem deutschen Arbeitsmarkt gestaltete sich folglich denkbar ungünstig (Ulfkotte 2010: 30).

2014/2015

November 2014

Im November 2014 berichteten deutsche Leitmedien, die in Deutschland lebenden Ausländer zahlten deutlich mehr Steuern und Sozialabgaben, als sie den Staat kosteten, die Zuwanderung in die BRD sei folglich ein 'Gewinngeschäft'. Die Medienberichterstattung bezog sich auf eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung mit dem Titel 'Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt', die im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung angefertigt wurde und kurz zuvor erschienen war (Bonin 2014). Die Qualitätsmedien kolportierten, in Deutschland lebende Ausländer hätten im Jahre 2012 durchschnittlich 3.300 Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben gezahlt, als sie an staatlichen Leistungen erhielten. Insgesamt hätten die Ausländer in Deutschland ein Plus an Steuern und Abgaben in Höhe von 22 Milliarden Euro erwirtschaftet (Böcking 2014). Die Meldungen ließen insbesondere deshalb aufhorchen, weil die angeblichen Studienbefunde vorherigen Studienergebnissen in Deutschland und dem europäischen Ausland diametral widersprachen.

Dezember 2014

Einige Wochen nach besagter Berichterstattung meldete sich der damalige Chef des Münchner Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn zu Wort. Sinn hatte die medial veröffentlichten Zahlen einer kritischen Prüfung unterzogen. Daraufhin warf er den Medien vor, die Bertelsmann-Studie – bewusst oder unbewusst – missinterpretiert und fälschlicherweise von einem „Milliarden-Gewinn durch Zuwanderung“ geschrieben zu haben. Zudem verwies er darauf, dass die Studie letztlich zu einem negativen Ergebnis mit einem „impliziten Finanzierungsdefizit“ kommt, nämlich zu einem mittleren Negativsaldo von 79.100 Euro pro Zuwanderer. Nachdem Wissenschaftler des Ifo-Instituts den in der Bertelsmann-Studie aufgeführten Negativsaldo um unberücksichtigte Kostenfaktoren ergänzt hatten, errechnete das Ifo-Institut eine „fiskalische Nettobilanz je Migrant von minus 1800 Euro im Jahr“. Sinns Befund: „Migration ist ein Verlustgeschäft.“ (FAZ 2014)

In diesem Kontext warf Sinn den Altparteien schwere Versäumnisse vor: „So wie die Migration derzeit läuft, läuft sie falsch.“ Der deutsche Sozialstaat wirke wie ein Magnet für unqualifizierte Unterschichtenmigranten. Deutschland sei

das zweitgrößte Zielland für Zuwanderer, belege jedoch hinsichtlich des Qualifikationsniveaus der Zuwandernden einen der letzten Plätze in der Statistik. Deshalb habe sich die bisherige Zuwanderung als große Belastung für die Staats- und Sozialkassen erwiesen. Sinns Forderung an die Politik lautete: „Angesichts dieser Verhältnisse sollte nun endlich eine ideologiefreie und nicht vom Streben nach politischer Korrektheit getriebene Debatte über die Migrationspolitik beginnen.“ (zit. n. FAZ 2014)

Außerdem warnte er für den Fall fortlaufender Trends vor dramatischen gesellschaftlichen Verwerfungen in Deutschland. Sinn im Wortlaut: „Wollte man die Relation von Alten und Jungen und damit zugleich das relative Rentenniveau und die Beitragssätze zur Rentenversicherung auf dem heutigen Niveau stabilisieren, würden insgesamt 32 Millionen junge Zuwanderer benötigt, die meisten wohl aus außereuropäischen Gebieten.“ (zit. n. FAZ 2014) Es sei kaum vorstellbar, dass das deutsche Volk die dazu notwendige Integrationskraft aufbringen könne. Längst manifestierten sich die Grenzen der vom politisch-medialen Komplex propagierten ‚Willkommenskultur‘ in einer außerparlamentarischen Opposition in Form der Bürgerbewegung PEGIDA und anderer Protestbündnisse (FAZ 2014).

Zur Lösung des Demographie-Problems in Deutschland forderte Sinn – ähnlich wie Prof. Herwig Birg bereits im Jahre 2001 – „eine fundamentale und radikale Änderung der verzerrenden Anreizstrukturen im Steuer- und Rentenrecht zugunsten von Familien und Kindern“. Nur eine aktive Bevölkerungspolitik und ein damit einhergehender Anstieg der Zahl deutscher Kinder könne letztlich das Demographie- und Rentenkassenproblem in Deutschland lösen. Zudem forderte Sinn, dass EU-Zuwanderern in Deutschland Sozialleistungen künftig nur noch in Höhe der Sozialleistungen ihres Heimatlandes ausgezahlt werden dürften (FAZ 2014).

Wenig überraschend erntete Sinn für seine Äußerungen heftigen Widerspruch. Stellvertretend für die negative Rezeption insbesondere in linksliberalen Medienorganen sei auf einen Debattenbeitrag der Spiegel-Journalisten Demling und Rickens (2014) verwiesen, die unter Anführung kurzfristiger Grenzkosten mit fragwürdigen Rechenbeispielen erfolglos versuchten, „Hans-Werner Sinns Migrant-Mathematik“ zu widerlegen. Aufschlussreich ist besonders der folgende im Artikel enthaltene Satz: „Sinn wehrt sich gegen diese Sichtweise [von Demling und Rickens] – mit Verweis auf die ökonomische Theorie.“ Womit denn sonst? Natürlich werden ökonomische Debatten unter Verweis auf ökonomische Theoreme geführt. Im weiteren Verlauf des Artikels versuchen Demling und Rickens ob ihrer schwachbrüstigen ökonomischen Argumente mit billiger Polemik und multikultureller und –kulinärischer Bereicherungsrhetorik vom ökonomischen Kontext der von Sinn losgetretenen Debatte abzulenken: „Hat die AfD einen neuen Chefökonom? [...] Außerhalb von Stammtischen

und Pegida-Demonstrationen herrschte bisher der Konsens: Zuwanderer sind gut für Deutschland. Nicht nur, weil sie die Bundesrepublik bunter und die Speisekarten unserer Restaurants abwechslungsreicher machen.“ Weil Sinn sich wagte, diesen vermeintlichen (!) gesellschaftlichen Konsens zu stören, geriet er unter linksliberalen Beschuss.

Der Vorsitzende des deutschen Städte- und Gemeindebundes Gerd Landsberg widersprach Sinn ebenfalls. Dessen ökonomische Kalkulation sei „nicht haltbar“. Begründung: Die 'gesellschaftliche Realität' widerspreche Sinns Thesen. Sinns Debattenbeitrag bezog sich allerdings auf ökonomische und nicht auf vorgebliche gesellschaftliche Realitäten. Viele sogenannte 'Flüchtlinge' – auf die sich Sinn überhaupt nicht explizit bezogen hatte – seien, so Landsberg, gut ausgebildet und würden schnell in Arbeit vermittelt (Handelsblatt 2014). Diese Darstellung ist zwar unzutreffend, blieb in der Debatte jedoch unwidersprochen.

Januar 2015

Infolge des ökonomisch wenig fundierten und vielfach polemischen Widerspruchs meldete sich Sinn (2015) Anfang 2015 nochmals mit einem Gastbeitrag in der *FAZ* zu Wort. In diesem Rahmen verwahrte er sich gegen politkorrekte linksliberale Anfeindungen und widerlegte die inhaltliche Kritik an seinem Debattenbeitrag:

„Nun argumentieren zwei Journalisten von 'Spiegel Online', dass man diese anderen Staatskosten den Migranten nicht voll zurechnen könne, weil sie ohnehin anfallen. Man dürfe nur die sogenannten Grenzkosten rechnen. Dabei bezieht sich das Magazin implizit auf die kurzfristigen Grenzkosten, die es gedanklich nicht einmal vollständig erfasst. Da es bei der Beurteilung von Migrationsstrategien um extrem langfristige Phänomene geht, kommt es freilich nicht auf die kurzfristigen, sondern auf die langfristigen Grenzkosten an. [...] So gesehen ist die Behauptung, eine Grenzkostenberechnung führe zu einer positiveren Beurteilung der Migration als die vom ifo Institut angewandte Durchschnittskostenrechnung auf der Basis des tatsächlichen Staatsbudgets abwegig. Das Gegenteil wäre der Fall.“

Zudem zitierte Sinn den negativen Befund der Bertelsmann-Studie in Bezug auf die fiskalische Bilanz der Zuwanderung nach Deutschland. Die Studie resümiert: „Stellt man den Ausländern gemäß ihrem Bevölkerungsanteil einen Anteil an den allgemeinen Staatsausgaben – Verteidigung, Straßenbau etc. – in Rechnung, gerät ihre fiskalische Bilanz ins Defizit.“ (zit. n. Sinn 2015) In diesem Kontext verwies Sinn (2015) nochmals auf das von den Studienautoren errech-

nete lebensumspannende Defizit von 79.100 Euro und die Unterschichtenzuwanderung nach Deutschland: „Da Deutschlands Immigranten, wie die neuesten OECD-Statistiken wiederum eindrucksvoll belegen, über eine unterdurchschnittliche Qualifikation verfügen, verdienen sie unterdurchschnittlich und profitieren deshalb von der Umverteilungsaktivität des Sozialstaates.“

Februar 2015

Im Februar 2015 sprang die Wirtschaftsjournalistin Dorothea Siems (2015) dem damaligen Ifo-Chefökonom mit einem eigenen Debattenbeitrag bei:

„Hans-Werner Sinn soll mundtot gemacht werden. Eine beispiellose Attacke soll Deutschlands prominentesten Ökonomen treffen. Sie zeigt, wie sich die Zunft dem Zeitgeist anpasst und die lästige Ordnungspolitik zu diskreditieren versucht. [...] Der Mann ist unbequem. Wenn es einen Ökonomen gibt, der deutsche Politiker regelmäßig in Erklärungsnot bringt, dann ist das Hans-Werner Sinn. Ob Zuwanderung, Euro-Rettung, Klimawandel oder Sozialstaat – der Chef des Ifo-Instituts mischt sich mit seinen messerscharfen Analysen in alle relevanten Gesellschaftsdebatten ein und schert sich dabei herzlich wenig um politische Korrektheit. Für Linke und Gewerkschafter ist der Professor mit dem markanten Kapitänsbart ein Neoliberaler und damit von jeher ein Feindbild. Mittlerweile ist auch die Union, die früher häufig seinen Rat suchte, auf Distanz gegangen. [...] Zuletzt sorgte der streitbare Forscher mit Berechnungen für Furore, dass Zuwanderer für den Fiskus ein Minusgeschäft sind. [...] Tatsächlich ist Sinn, der immer wieder auch unbequeme Reformen anmahnt, kein Populist, er ist nur nicht bereit, seine Erkenntnisse dem konsensverliebten Zeitgeist anzupassen. [...] Sinn bleibt politisch unkorrekt, zum Glück.“

Eine im Februar 2015 vom Institut für Staatspolitik (IfS) veröffentlichte Studie mit dem Titel 'Der Bereicherungsmythos – Die Kosten der Einwanderung nach Deutschland' befasst sich ebenfalls mit der Bertelsmann-Studie und der von Sinn angestoßenen Debatte. Die Studienautoren identifizieren im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Kalkulation hinsichtlich der Zuwanderung in die BRD weitere unberücksichtigte Kostenfaktoren. Die IfS-Arbeitsgruppe Zuwanderung und Integration konstatiert:

„Weder die Bertelsmann-Studie noch Sinn hatten diverse Kostenfaktoren berücksichtigt, die Einwanderung mit sich bringt. Ebenso die durch Ausländerkriminalität anfallenden Kosten und die Gelder, die jährlich für die Integration und Betreuung von Zuwanderern aufgebracht werden müssen. Auch der

Kapitalabfluß, der in Deutschland dadurch entsteht, daß Ausländer hierzulande erwirtschaftete Gelder in ihre Heimatländer schicken, fand keinen Eingang in die Berechnungen. Genauso wie die durch knapper werdenden Wohnraum steigenden Mieten sowie die durch ein Überangebot an Arbeitskräften in bestimmten Bereichen sinkenden Löhne. Auch die durch Schwarzarbeit von Ausländern, insbesondere im Handwerk, auf dem Bau sowie im Dienstleistungs- und Pflegesektor, verursachten volkswirtschaftlichen Schäden sowie der Wertverlust von Immobilien in Wohngegenden, in denen der Ausländer- bzw. der Asylantenanteil durch die Errichtung von Flüchtlingsheimen steigt, wurden nicht in die Berechnungen mit einbezogen. Gleiches gilt für die Summen, die der Staat in die Bildung und Ausbildung von Ausländern investiert, die dann Deutschland verlassen, keinerlei Steuern hierzulande zahlen und auch nichts mehr zu einer positiveren demographischen Entwicklung Deutschlands beitragen.“ (IfS 2015: 29)

Unter Berücksichtigung der vom IfS genannten Faktoren würde die fiskalische Negativbilanz der Fremden in Deutschland noch wesentlich ungünstiger ausfallen als in der Bertelsmann-Studie mit 79.100 Euro ausgewiesen.

2. Kosten der Zuwanderung nach Westeuropa

Frankreich

Im Jahre 1994 kamen lediglich 29% der Migranten nach Frankreich, um zu arbeiten, während 71% im Zuge der Familienzusammenführung einreisten, einen Asylantrag stellten oder aus sonstigen Gründen zuwanderten (Caldwell 2009a: 49).

Berechnungen des französischen Steuerzahlerbundes aus dem Jahre 2008 zufolge übersteigen die fiskalischen Kosten der französischen Zuwanderungspolitik die staatlichen Einnahmen um 30,4 Milliarden Euro pro Jahr (Benoist 2012: 127).

Großbritannien

Im Jahre 1997 kamen lediglich 12% der Zuwandernden nach Großbritannien, um dort zu arbeiten (Caldwell 2009a: 49). Eine 2014 veröffentlichte Studie des University College London mit dem Titel 'The Fiscal Effects of Immigration to the UK' untersucht die fiskalischen Effekte inner- und außereuropäischer Zuwanderung nach Großbritannien zwischen 1995 und 2011. Während des Untersuchungszeitraums belasteten außereuropäische Zuwanderer die britischen Staatskassen per Saldo mit 120 Milliarden britischen Pfund. Der Saldo europäischer Zuwanderer ist hingegen mit 4,4 Milliarden Pfund geringfügig positiv. Die

Kosten-Nutzen-Analyse berücksichtigt unter anderem Kosten im Schul- und Gesundheitswesen sowie Arbeitslosengeldzahlungen und sonstige Transferleistungen (Dustmann und Frattini 2014). Kritiker der Studie verweisen darauf, dass „einige wesentliche Kosten“ keine Berücksichtigung fanden, die tatsächlichen Kosten der Zuwanderung also noch deutlich höher anzusetzen seien (Junge Freiheit 2014). Unklar bleibt, welche Auswirkungen die Einbeziehung unberücksichtigter Kostenfaktoren auf den geringfügig positiven Saldo europäischer Zuwanderer hätte. Die damalige britische Innenministerin und nunmehrige Premierministerin Theresa May hatte bereits 2010 von einem durch Zuwanderung erzeugten „inakzeptablen Druck“ auf die Sozialsysteme gesprochen (zit. n. Welt 2010).

Niederlande

Eine Studie mit dem Titel 'Immigration and the Dutch Economy', die 2003 von dem Centraal Plan Bureau, das an das niederländische Wirtschaftsministerium angegliedert ist, veröffentlicht wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass sich bei Zuwanderern erst nach 25-jähriger oder längerer durchgehend erwerbstätiger Aufenthaltsdauer eine positive Nettoeinzahlungsbilanz in die staatlichen Sicherungssysteme ergibt. Außerdem konstatiert die Studie einen signifikanten Umverteilungseffekt zugunsten der Fremdbevölkerung und zuungunsten der autochthonen Bevölkerung. Der Umverteilungseffekt zugunsten der Fremden beläuft sich im Falle eines im Alter von 25 Jahren Zugewanderten für die gesamte Restlebensspanne auf durchschnittlich 43.000 Euro. Die Autoren der Studie resümieren, dass massenhafte Migration kein wirksames Mittel darstellt, um die finanziellen Folgen gesellschaftlicher Überalterung zu kompensieren und warnt vor den gesellschaftlichen und kulturellen Konsequenzen massiver Zuwanderung (Spits 2003; Vlasblom 2010).

Im Jahre 2009 lebten 40% der Zuwanderer in den Niederlanden überwiegend von Sozialtransfers (Vlasblom 2010). Eine 2010 erschienene Studie des Nyenrode Forum for Economic Research mit dem Titel 'Budgettaire effecten van immigratie van niet-westeren allochthonen' (zu Deutsch: Budgeteffekte der Immigration nicht-westlicher Allochthoner) gelangt zu dem Ergebnis, dass ein 'gemittelter' 25 bis 35 Jahre alter nichtwestlicher Migrant den Staat zwischen 40.000 und 50.000 Euro kostet. Der Studienbefund basiert auf der Überprüfung der ökonomischen Rentabilität 25.000 nichtwestlicher Zuwanderer, bei denen es sich größtenteils um Türken und Marokkaner handelte. Laut Studie betragen die jährlich anfallenden Kosten für den öffentlichen Sektor im Falle einer Nettozuwanderung von 25.000 nichtwestlichen Migranten und zusätzlichen 25.000 Familiennachzüglern pro Jahr rund 7,2 Milliarden Euro (Bauch 2010: 17; IfS 2015: 19; Ulfkotte 2010: 21, 44).

Ebenfalls im Jahre 2010 errechnete der niederländische Ökonom Pieter Lakemann, dass Immigranten den niederländischen Staatshaushalt mit 5,9 Milliarden Euro pro Jahr belasten (Vlasblom 2010).

Die im Jahre 2010 publizierte Dissertation des Wirtschaftswissenschaftlers Jan van der Beek untersucht die ökonomischen Konsequenzen der Massenmigration in die Niederlande zwischen 1960 und 2005 und deren Tabuisierung durch die niederländischen Eliten. Über die wirtschaftlichen Konsequenzen schreibt van der Beek: „Die Anwerbung von Gastarbeitern in den 1960er Jahren war eine ökonomische Katastrophe. Der Staat hatte die Absicht, die Lohnkosten niedrig zu halten, dabei wären wir besser beraten gewesen, einen Anstieg zuzulassen.“ Über die Gründe für das Verschweigen der 'ökonomischen Katastrophe' durch die niederländischen Funktionsebenen schreibt der Wirtschaftswissenschaftler: „In den 1980er und 1990er Jahren befürchtete man den Aufstieg rechter Parteien. [...] Deshalb wurden uns die wahren Kosten der Migration vorenthalten. [...] Dieser Umstand resultierte in einer [gesellschaftlichen] Wissenslücke.“ (zit. n. Vlasblom 2010; Übers. d. Verf.)

Norwegen

In Norwegen bezogen nichtwestliche Ausländer in den 2000er Jahren zehnmal häufiger Sozialleistungen als autochthone Norweger (Fjordman 2011: 44).

Schweden

Schweden galt lange Zeit als Musterland der Integration. Deshalb sind die in dem skandinavischen Land verfügbaren Statistiken von besonderem Interesse für die Beurteilung der Machbarkeit der 'Arbeitsmarktintegration' von Fremden. Die Bevölkerung in Schweden bestand vor Beginn der Völkerwanderung im Jahre 2015 zu 86% aus Einheimischen und zu 14% aus Fremden. Obwohl die Fremden 'nur' 14% der Wohnbevölkerung ausmachten, lag ihr Anteil an den Arbeitslosen im berufsfähigen Alter bei 48% (Langzeitarbeitslose: 42%). Selbst nach 15-jähriger Aufenthaltsdauer waren noch 40% der Fremden arbeitslos. Außerdem beanspruchte diese Bevölkerungsgruppe bereits vor Beginn der neuzeitlichen Völkerwanderung nach Europa 58% der Sozialleistungen, 45% der Kinder mit den schlechtesten Schulleistungen waren zudem migrantischer Herkunft. Die erwerbstätigen Migranten verdienten aufgrund ihrer schlechten Qualifikation im Durchschnitt 40% weniger als Einheimische (Heinsohn 2015). Infolge der Völkerwanderung nach Schweden seit 2015 werden sich die angeführten statistischen Werte in kommenden Jahren fortlaufend verschlechtern.

Schweiz

Im Jahre 2010 wurden 80% der in der Schweiz ausgezahlten Sozialleistungen von Ausländern, Asylbewerbern und kürzlich Eingebürgerten in Anspruch genommen (Köppel 2014).

3. Kosten der Zuwanderung – eine Bilanz

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im deutschen Bundestag Thomas Oppermann behauptet: „Ohne Einwanderung hätten wir keine Überschüsse in den Sozialkassen. Und ohne Einwanderung würden wir in ein wirtschaftliches Desaster laufen.“ (zit. n. IfS 2015: 4) Eine Meta-Analyse verfügbarer Kosten-Nutzen-Analysen und Statistiken zeigt, dass die Aussage Oppermanns der empirischen Faktenlage diametral widerspricht. Es handelt sich folglich um eine Falschbehauptung. Bereits vor Beginn der Völkerwanderung in die BRD im Jahre 2015 erwirtschafteten die Zuwanderer in Deutschland (Ausländer und Passdeutsche) per Saldo keineswegs Überschüsse für die Sozialkassen. Das von Oppermann beschworene 'wirtschaftliche Desaster' droht also nicht wegen mangelnder Zuwanderung, sondern wegen massenhafter (Unterschichten-) Zuwanderung.

„Einwanderer [...] kommen“ dem linksliberalen Weltbild zufolge „aus den von Dürre und Hunger betroffenen Regionen der Dritten Welt, etwa aus Afrika, um in der Ersten Welt zu arbeiten, Rentenbeiträge zu zahlen sowie in Pflegeheimen für die alternde europäische Urbevölkerung tätig zu sein.“ (Caldwell 2009b) Die ernüchternde Realität ist hingegen eine andere: „Kapitalisten und Sozialisten haben sich geirrt: Die ungesteuerte Einwanderung nach Europa war kein dauerhafter Gewinn. Sie hat weder volkswirtschaftlich genutzt, noch stabilisiert sie den Wohlfahrtsstaat – im Gegenteil.“ (Caldwell 2009b) In diesem Kontext schreibt Abt (2010: 14) zutreffend vom „Mythos von der Wirtschaftlichkeit der Zuwanderung“.

Das Institut für Staatspolitik bilanziert und prognostiziert bezüglich der fiskalischen Sinnhaftigkeit vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Zuwanderung in die BRD:

„Bislang hat Deutschland von der Einwanderung nicht profitiert, sondern einen hohen Preis dafür gezahlt. Dabei geht es noch nicht einmal um die innere Sicherheit und kulturelle Identität Deutschlands, sondern um den Nutzen der Einwanderung aus fiskalischer Sicht. Hier ist die Bilanz desaströs. Nimmt man alle verfügbaren Zahlen und Studien, so ergibt sich ein eindeutiges Bild: Die negative Bilanz der Einwanderung wird sich auch in Zukunft nicht ausgleichen. Einwanderung löst keines unserer Probleme, die sich aus

dem demographischen Niedergang Deutschlands ergeben. [...] Es gibt keinen rationalen Grund, der Einwanderung zu einer Notwendigkeit für den Erhalt Deutschlands macht. Die Bereicherung durch Einwanderung ist ein Mythos.“ (IfS 2015: 38)

Wir halten fest: Die vorliegende Meta-Analyse belegt, dass sich die bisherige Zuwanderung nach Deutschland aus volkswirtschaftlicher, fiskalischer und sozialstaatlicher Perspektive keinesfalls als Gewinn, sondern als Verlustgeschäft erwiesen hat. Durch die Zuwanderung in die BRD – das gilt insbesondere für kulturferne Zuwanderung – und die damit einhergehende schleichende *Entfleißigung* der Wohnbevölkerung werden die Deutschen in wirtschaftlicher Hinsicht nicht *bereichert*, sondern *enttreicht*. Dieser Befund gilt gleichermaßen für zahlreiche weitere westeuropäische Länder. Infolge der Völkerwanderung insbesondere in die BRD aber auch in andere westeuropäische Staaten werden sich die in der Meta-Analyse abgebildeten Entwicklungen in kommenden Jahren fortlaufend verschärfen.

Zum Autor:

Dr. Jan Moldenhauer, 1980, studierte Wirtschaftswissenschaften in Köln, London und Liverpool, ist Vorsitzender der Friedrich-Friesen-Stiftung und arbeitet als Assistent des Fraktionsvorstandes und leitender Referent für die Landtagsfraktion der AfD in Sachsen-Anhalt.

Literaturverzeichnis

- Abt, M. (2010). Sarrazin verschärfen – eine Präzisierung. Sezession: „Sarrazin lesen“. Okt. 2010, S. 14-17.
- Bauch, J. (2010). Der Niedergang. Deutschland in der globalisierten Welt. Schriften wider den Zeitgeist. Graz: Ares.
- Benoist, A. de (2012). Am Rande des Abgrunds. Eine Kritik der Herrschaft des Geldes. Berlin: Junge Freiheit Verlag.
- Birg, H. (2001). Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern. Bielefeld.
- Böcking, D. (2014). Mehr Einnahmen als Ausgaben. Ausländer bringen Deutschland Milliarden. Spiegel 27.11.2014, <http://bit.ly/1tv51fi>.
- Bonin, H. (2002). Eine fiskalische Gesamtbilanz der Zuwanderung nach Deutschland. IZA Discussion Paper No. 516. Bonn.
- Bonin, H. (2014). Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Caldwell, C. (2009a). Reflections on the Revolution in Europe: Immigration, Islam, and the West. New York: Doubleday.
- Caldwell, C. (2009b). Einwanderung in die Sozialsysteme. FAZ 08.12.2009, <http://bit.ly/1RDVG3z>.
- Demling, A. und Rickens C. (2014). Kritik an Zuwanderung. Der Fehler in Hans-Werner Sinns Migranten-Mathematik. Spiegel 30.12.2014, <http://bit.ly/1xIt7s3>.
- Dustmann, C. und Frattini, T. (2014). The Fiscal Effects of Immigration to the UK. Economic Journal. Vol. 124. Issue 580, S. F593-F643.
- Elger, K. et al. (2009). Für immer fremd. Spiegel 26.01.2009, <http://bit.ly/1IJRKxb>.
- FAZ (2014). „Migration ist ein Verlustgeschäft.“ 29.12.2014, <http://bit.ly/1ttyJYZ>.
- Fjordman (Jensen, P.) (2011). Europa verteidigen. Zehn Texte. Hrsg.: Lichtmesz, M. und Kleine-Hartlage, M., Schnellroda: Antaios.
- Handelsblatt (2014). Zuwanderung. Deutsche Städte- und Gemeindebund widerspricht Ökonom. 30.12.2014, <http://bit.ly/1YtKbhy>.
- Heinsohn, G. (2010). Deutschland verschläft den Kampf um Talente. FAZ 25.06.2010, <http://bit.ly/1roMfri>.
- Heinsohn, G. (2015). Die großzügigen Schweden zahlen einen hohen Preis. Welt 22.09.2015, <http://bit.ly/1V9nAth>.
- IFS/Institut für Staatspolitik (Hrsg.) (2010). Wissenschaftliche Reihe – Heft 15, Der Fall Sarrazin – Eine Analyse. 3. Auflage, Schnellroda.

- IfS/Institut für Staatspolitik (Hrsg.) (2015). Wissenschaftliche Reihe – Heft 26, Der Bereicherungsmythos. Die Kosten der Einwanderung nach Deutschland. Schnellroda.
- Junge Freiheit (2014). Nichteuropäische Einwanderung kostete 120 Milliarden Pfund. 06.11.2014, <http://bit.ly/1Wz9P7w>.
- Klaus, V. (2016). Völkerwanderung. Kurze Erläuterung der aktuellen Migrationskrise. Lüdinghausen: Manuscriptum.
- Köppel, R. (2014). Zuwanderung in die Sozialsysteme. Weltwoche 30.10.2014, <http://bit.ly/1TWUNV3>.
- Kummer, J. (2002). „Zuwanderung bringt erst nach 25 Jahren Gewinn“. Welt 29.09.2002, <http://bit.ly/25a3fc9>.
- Siems, D. (2015). Hans-Werner Sinn soll mundtot gemacht werden. Welt 08.02.2015, <http://bit.ly/1zAUtmk>.
- Sinn, H.-W. (2015). Warum die Zuwanderung die Staatskasse belastet. FAZ 02.01.2015, <http://bit.ly/1I53ynW>.
- Sinn, H.-W. et al. (2001). EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration. Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte. Ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung. No.2. München.
- Spits, J. (2003). Zuwanderung ist ein Verlustgeschäft. Junge Freiheit 15.08.2015, <http://bit.ly/1svT40w>.
- Steltzner, H. (2010). Sozialstaat in Schieflage. FAZ 26.01.2010, <http://bit.ly/1TXUjhh>.
- Ulfkotte, U. (2010). Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold. Armut für alle im „Lustigen Migrantentadl“. 2. Auflage, Rottenburg: Kopp.
- Vlasblom, D. (2010). Immigration Comes at Hefty Price. NRC.NL 30.03.2010, <http://bit.ly/1QkJO6h>.
- Weiss, V. (2012). Die Intelligenz und ihre Feinde. Aufstieg und Niedergang der Industriegesellschaft. Graz: Ares.
- Welt (2010). Begrenzung von Einwanderung. 29.06.2010, <http://bit.ly/1Tm682j>.